

rote blätter extra

Organ des MSB SPARTAKUS

November 1972

SPARTAKUS:

KOMMUNISTEN wieder in den Bundestag!

Danach gefragt, welches wohl das wichtigste politische Ereignis dieses Semesters sei, würden wohl mehr als 90 Prozent der Studenten antworten: die Bun-

destagswahlen. Doch die Wahlen sind nicht isoliert zu sehen von der Situation an den Hochschulen, von den Problemen und Interessen der Studenten. Wir

meinen, daß die Entscheidung in der Wahlkabine von den Erfahrungen abhängen sollte, die die Studenten mit den verschiedenen Parteien gemacht

haben. Von diesen Erfahrungen, von den Interessen der Mehrheit der Studenten ist der SPARTAKUS ausgegangen, als er zur Wahl der DKP aufrief.

Dabei wissen wir, daß die Durchsetzung der Interessen der Studenten Kampf erfordert, daß die Studenten im außerparlamentarischen Massenkampf selbst aktiv werden müssen. Doch eine kommunistische Fraktion im Bundestag bedeutet eine wichtige Unterstützung dieses Kampfes. Kommunisten im Parlament werden nicht schweigen, wenn Berufsverbote ver-

hängt werden oder der Bildungsnotstand immer krassere Formen annimmt.

Strauß und Barzel wurden gestoppt

Zu den Erfahrungen der Studentenbewegung gehört, daß die CDU/CSU eine Gefahr für die Demokratie ist. Der hessische CDU-Manager Schwarz-

Schilling hat verkündet, man werde an den Hochschulen „aufräumen“, wenn Strauß und Barzel die Wahl gewinnen. Vor 5 Monaten wurden Strauß und Barzel gestoppt, weil die Arbeiterklasse und auch die Studenten gegen die CDU/CSU auf die Straße gegangen sind. Jetzt stehen Demokraten und Sozialisten wieder vor der Aufgabe, eine Rückkehr die-

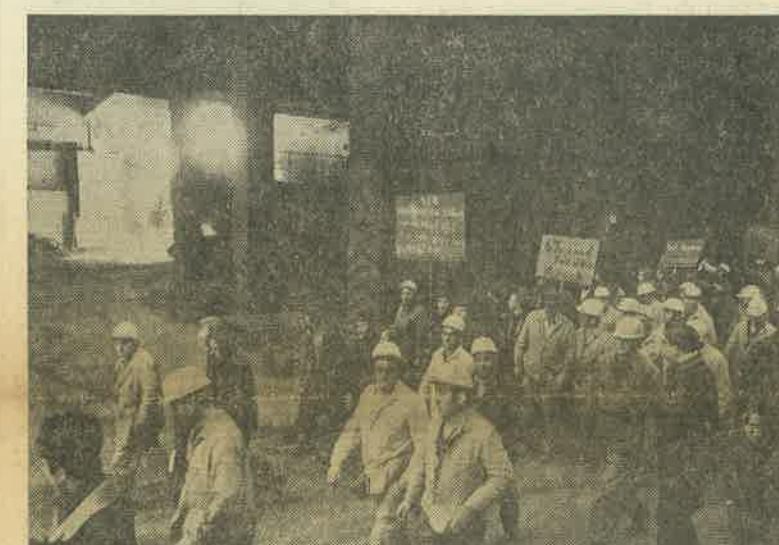
ser Partei der äußersten Reaktion an die Regierung zu verhindern. Das hat sich auch die DKP als Ziel gesetzt. „Das erfordert, daß wir in diesem Wahlkampf die soziale Demagogie der CDU/CSU entlarven, als das entlarven was sie ist: das Mittel zur Irreführung der arbeitenden Massen“, erklärte der stellvertretende Vorsitzende der DKP, Herbert Mies.

Wer wie SPD/FDP den Reaktionären um Strauß und Barzel noch bescheinigt, sie seien Demokraten, der trügt mit dazu bei, die Massen über den wahren Charakter der CDU/CSU zu täuschen.

Die Studenten haben die Erfahrung gemacht, daß auch unter einer SPD/FDP-Regierung der materielle Notstand an den Hochschulen sich noch verschärfe, daß die Demokratie an den Hochschulen weiter abgebaut wurde. Die Tatsachen zeigen, daß diese Regierung in der Wahl zwischen der Vertretung der Interessen des Großkapitals und den Interessen



Mit Polizeistaatsmethoden wurden in Nacht- und Nebelaktionen arabische und palästinensische Kommilitonen und Arbeiter (Foto: Abschiebung in München) aus der Bundesrepublik ausgewiesen. In spontanen Demonstrationen – so in Hamburg, Göttingen, Münster, Bochum und Dortmund – an denen die Gruppen des MSB Spartakus maßgeblich beteiligt waren, haben in den letzten Wochen in Form von Manifestationen, Aktionen, Unterschriftensammlungen und Teach-ins Tausende von Studenten gegen die Araberhetze protestiert und ihre Solidarität mit den Betroffenen zum Ausdruck gebracht. Aber der Kampf geht weiter! Das Verbot von GUPA und GUPS muß aufgehoben werden!



Künstler und Intellektuelle für die DKP

Wir, die wir diesen Aufruf unterschrieben haben, sind Ärzte, Wissenschaftler, Lehrer, Schriftsteller, Schauspieler und Maler. Wir müssen jeden Tag arbeiten, damit wir leben können. Wir sind für die, die auch jeden Tag arbeiten, damit sie leben können. Wir haben anzubieten: Gesundheit, Fortschritt, Erziehung, Bildung und Vergnügen. So lange Arbeiter und Angestellte noch nicht

pital gedacht wird, schmeckt uns nicht. Wir wollen, daß alle unsere Arbeit benutzen können, vom Lehrling bis zum Rentner. Fabrikbesitzer nicht. Wir wollen handeln, aber nicht behandelt werden. Wir wollen eine Partei die unsere Arbeit braucht, aber nicht nur alle Wahl einmal hohle Versprechungen macht. Bevor wir Berge versetzen, räumen wir den alten Schutt

ter“, Wiltrud Fischer, Heinz Herrtrampf, Max Kellas, Willy Hoyer; Prof. Dr. Horst Holzer, wiss. Rat; Dr. Franz-Josef Degenhardt, Rechtsanwalt; Richard Limpert, Bergmann und Schriftsteller; „Floh de Cologne“, Helmut Herbst, Filmemacher; Manfred Pixa, Maler; Dr. Gerd Fuchs, Schriftsteller; Dr. Christian Wilke, Dozent; Peter Maiwald, Schriftsteller; Godehard Schramm, Schriftsteller; Christian Goll, Schriftsteller;

deshalb anders gesetzt werden. Wenn der Rüstungshaushalt gekürzt wird. Bildung statt Bomben – das war die Lösung der Studenten im

gesund alt werden wie die Reichen in unserem Land es für sich beanspruchen, können wir als Ärzte noch nicht helfen, wie wir wollen.

So lange noch nicht alle Kinder dieselbe Zukunft haben, müssen Lehrer noch lernen, was wir für falsch halten. So lange Grund und Boden nur wenigen gehört, können wir als Architekten noch nicht planen und bauen, was allen nützt. So lange nur Geld unsere Welt regiert, können wir als Schauspieler, Maler und Schriftsteller noch nicht Freude und Gemeinsamkeit schildern, wonach wir uns sehnen. Die Verteilung unserer Arbeit, wie sie von den Köpfen der CDU/CSU und dem Großka-

weg. Deshalb mit der Deutschen Kommunistischen Partei, die das Einfache tut, was so schwer ist: Millionen Mut machen zum Handeln gegen die Großen – die Partei, die den Millionen unten hilft, weil sie die Hundertschaft oben bekämpft: die DKP. Wer DKP wählt, wählt eine bessere Zukunft für sich und seine Kinder. DKP – 1972 Kommunisten wieder in den Bundestag!

Günter Herburger, Schriftsteller;

Franz Xaver Krötz, Schriftsteller;

E. A. Rauter, Publizist;

Hans Platschek, Maler;

Dr. Dankwart Dankwerts, Soziologe;

Nils F. Hoffmann, Komponist;

Gisela Elsner, Schriftstellerin;

Kabarett-Kollektiv „Die Machtwäch-

ler; Christiane Conradt, Cellistin; H. P. Alvermann, Maler; Regina Korn, Autorin; Doris Schöttler-Boll, Plastikerin; Norbert Stratmann, Kunstsenschafter; Lilo Rauner, Autorin; Rainer W. Campmann, Schriftsteller; Bernd Simon, Architekt; Erika Simon, Innenarchitektin; Sybille Thielicke, Grafikerin; Horst Blome, Schauspieler; Sigi Graue, Schauspieler; Roman Ritter, Schriftsteller; Melchior Schedler, Schriftsteller; Münchner Theaterkollektiv „theater k“; Wolfgang Florey, Musikwissenschaftler; Dr. Karl Fabig, Arzt; Rolf Grigat, Dipl.-Psych. und Dozent; Dr. Doris Maase, Ärztin; Klaus Maase, Dipl.-Ing.



Rufen zur Wahl der DKP auf: Franz-Josef Degenhardt, Politiker; Franz Xaver Krötz, Schriftsteller; Prof. Horst Holzer, Soziologe; Dieter Süverkrüp, Liedermacher. Dem Aufruf hat sich ebenfalls der Komponist Hans Werner Henze angeschlossen.

Erhard - Versager 1. Klasse

Ludwig Erhard, gescheiterter Wirtschaftswundermann, wird von der CDU/CSU und Springer wieder als Kronzeuge für wirtschaftliches Wohlverhalten aufgebaut. Dabei ist die ausrangierte „Wahllokomotive“ der CDU/CSU und der Konzernen genauso abgewirtschaftet wie die angeblich „soziale Marktwirtschaft“:

- Unter der Regie Erhards war die Kaufkraft der D-Mark innerhalb von zwölf Jahren auf den Wert von 66 Pfennig abgesunken.
- Um den Weg ins Defizit aufzuhalten, erfand der Maßhalte-Apostel 1965 solche Krücken wie das „Haushaltssicherungsgesetz“. Die

Leidtragenden waren Rentner und Arbeiter, denen insgesamt 2 872 Millionen DM entzogen wurden. Unter anderem bei der Rentenversicherung und beim Mutterschutz.

- Erhard war stets für „allerhärtesten Widerstand“ gegen gewerkschaftliche Lohnforderungen und für pauschale Ablehnung jeglicher Arbeitszeitverkürzung, solange wir noch „eine Million Fremdarbeiter“ haben.
- Auf dem Höhepunkt der Kritik an der „sozialen Marktwirtschaft“ diffamierte Erhard seine Kritiker als Banausen und Pinscher, die

„von Tuten und Blasen keine Ahnung haben“.

- Selbst CDU-Kanzler Kiesinger mußte 1966 nach dem Scheitern des Kabinetts Erhard von einer „langen, schweren Krise“ sprechen, „deren Ursachen sich auf die Jahre zurückverfolgen lassen“.
- Als Folge des Wirkens des „international anerkannten Fachmanns“ und seiner CDU/CSU-Regierung trat 1966/67 die große Rezession ein – mit Hunderttausenden von Arbeitslosen und Kurzarbeitern. Die Unternehmer verzeichneten dagegen eine Gewinnexplosion.

der Masse der Bevölkerung und der Studenten dem Großkapital nicht weh tut.

Nur eine Partei, die bereit ist, den Kampf gegen das Großkapital aufzunehmen, kann auch Interessen der Mehrheit der Studenten vertreten. Eine solche Partei ist die DKP. Sie predigt nicht Klassenversöhnung und Integration der Arbeiterklasse in die bestehende Ausbeuterordnung, sondern propagiert und organisiert den Kampf der lohnabhängigen Massen gegen die herrschende Klasse.

Studentenbewegung und Wahlkampf

Für den SPARTAKUS gibt es keine Trennung zwischen den Aufgaben an

Die Aktionseinheit zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten

Seite 3

Die Freiheit für Jeden, Millionär zu werden

Seite 3

Inflation – Geschäft mit der Angst

Seite 2

Kampf gegen die Berufsverbote: Erste Erfolge

Seite 2

„Demokratischer Sozialismus“ Neue Formel zur Erhaltung des Kapitalismus

Seite 4

Über Vietnam befragen!

Seite 4

Bei den Lohnauseinandersetzungen der letzten Zeit und bei den Auseinandersetzungen um die Ratifizierung der Verträge wurde besonders deutlich: als Partei der Arbeiterklasse kämpft die DKP am entschiedensten und konsequentesten für die Interessen der Werktätigen.

Wahlkampf hineinzutragen, alle Parteien mit diesen Forderungen zu konfrontieren, z. B. mit der Hochschulmissere.

Überall fehlt es an finanziellen Mitteln, Personalstellen werden nur zu einem geringen Prozentsatz bewilligt. Die gestiegene Abiturientenzahl wird in diesem Lande zur Katastrophe, weil Studienplätze fehlen. Die Ausbildungsförderung für Schüler und Studenten wird eingefroren. Die von der Regierung geplanten Ausgaben für das Bildungswesen werden in den kommenden Jahren nicht eingehalten. Das würde bedeuten: in den kommenden Jahren ist eine Verschlechterung gegenüber 1970 durchaus wahrscheinlich.

Daran wird sich nur etwas ändern, wenn endlich die Prioritäten im Bun-

Kampf gegen das Hochschulrahmengesetz. Es ist auch die Forderung der DKP.

Prüfstein Vietnam

Auch das Thema Berufsverbote gehört in den Wahlkampf. Sowohl CDU/CSU als auch SPD und FDP sind für die Berufsverbote. Damit stellen sie sich gegen das Grundgesetz. Durch Hochschulrahmengesetz und Ländergesetze soll das Recht der Studenten, sich in AStA und Fachschaften frei zu organisieren, abgebaut werden. Die demokratischen Studenten haben sich zur Wehr gesetzt gegen Berufsverbote und undemokratische Hochschulgesetze. Dabei standen die jetzt im Bundestag vertretenen Parteien auf der anderen

Fortsetzung auf Seite 2

RCDS: Phrasen und Fakten

In den Hochschulen spielt sich der RCDS als „Interessenvertreter“ der Studenten auf, als „demokratische“ Organisation, die für die Demokratie eintrete. Was der RCDS jedoch wirklich ist, belegt seine politische Praxis: das studentische Anhängsel der CDU/CSU. RCDS-Mitglieder versuchten und versuchen durch Klagen bei den bürgerlichen Gerichten (Verweigerung der Zahlung von AStA-Beiträgen) die Organe der verfaßten Studentenschaft, die ASten und den VDS, kaputtzumachen. Heuchlerisch behaupten sie gleichzeitig, für das Weiterbestehen der ASten einzutreten. Doch ihre Taten strafen ihre Worte Lügen. In Hamburg paktierten RCDSler mit den Jungfaschisten von der NPD-Studentenorganisation (vgl. Rote Blätter Nr. 7/72) – ein Jahr zuvor forderte der

„Demokratischer Sozialismus“: Neue Formel für die Erhaltung des Kapitalismus

Für meine Partei bleibt ... und ich sage dies mit Nachdruck - bei dem, was im Godesberger Programm steht. Wir haben dort, wie Sie wissen werden ... freien Wettbewerb und freie Unternehmerinitiative als wichtige Elemente unserer Wirtschaftspolitik gekennzeichnet. Wir haben dort ebenfalls - mit der Begrenzung, die auch das Grundgesetz nennt, d. h. der Rücksicht auf Aufbau einer gerechten Sozialordnung - festgehalten, das private Eigen-

Die Anziehungskraft des Sozialismus ist gewachsen. Trotz aller antisozialistischer und antikommunistischer Propaganda. Je deutlicher die bestehende kapitalistische Ausbeuterordnung sich als unfähig erweist, auch nur die dringendsten Aufgaben wie Umweltschutz, Aufbau eines demokratischen Bildungswesens, Arbeitsplatzsicherheit etc. zu lösen, desto größer wird die Zahl derer, die nach einer gesellschaftspolitischen Alternative suchen.

Jeder, dem der Kapitalismus nicht als die „ultima ratio“ erscheint, wird diese Entwicklung begrüßen. Daß man aber auch vom „Sozialismus“ reden kann, um zu verhindern, daß die Anziehungskraft einer wirklichen sozialistischen Alternative wächst, um das „Wasser“ wieder zurück auf „die Mühlen des Kapitalismus“ zu leiten, dafür gibt's gerade jetzt im Wahlkampf einige Beispiele.

„... es würde einer Partei, die von sich immer noch behauptet, sie sei konservativ und stünde für diesen demokratischen Staat, sehr gut anstehen, die SPD in ihrem Kampf gegen die Linksextremisten zu unterstützen, statt ihr mit Verdächtigungen in den Rücken zu fallen.“

(Ehmke in einem
Reuters-Interview am 10. 10. 72)

Wenn Willy Brandt in seiner Rede zum Tode Kurt Schumachers von demokratischem Sozialismus spricht, so meint er damit keinesfalls eine Alternative zur bestehenden Ordnung, die gekennzeichnet ist durch Privateigentum an Produktionsmitteln, durch die Profitorientiertheit der Produktion und durch eine Machtzentrale in den Händen weniger Konzerne und Banken. Denn an alledem soll sich nach Willy Brandt's Meinung gar nichts ändern. Im Gegenteil, die Vorstellungen Schumachers sind ihm noch zu weitgehend: „... Schumacher war kein Sozialisierungs-Fanatiker, aber sein Denken war doch - verständlicherweise - recht stark durch überkommene sozialdemokratische Auffas-

sungen geprägt. Zudem hat er sich zur Frage der Sozialisierung zu einer Zeit geäußert, als die Fabriken in Trümmern lagen; er wandte sich dagegen, daß die Arbeiter mit ihrer großen Aufbaukraft nur einigen Hundert Großgrundbesitzern wieder zu ihrem alten Besitzstand verhelfen sollten.“ Heute ist, wenn man Willy Brandt folgt, die Lage also anders. Heute, nachdem genau eingetreten ist, was Schumacher befürchtete, - der übrigens durch seinen Antikommunismus seinen Teil dazu beitrug, daß es so kam - wird die Vergesellschaftung der Produktion von der SPD-

tum an Produktionsmitteln, habe Anspruch auf Schutz und Förderung.“ Bundeskanzler Brandt in seiner Rede vor dem Bundesverband der deutschen Industrie (BDI). „Sie können versichert sein, daß mein Respekt vor unternehmerischer Leistung es mir leicht macht, auch die kritischen Hinweise der Wirtschaft ernsthaft zu bedenken und vernünftig einzuordnen.“ (Ebd.) „SPD weil's vernünftig ist.“ (Aus einer Wahlbroschüre der Jungsozialisten)

tration der wirtschaftlichen und damit auch der politischen Macht bisher unerreichte Ausmaße erreichte. Das Bundeskartellamt registrierte allein im 1. Quartal 1972 99 Großzusammenschlüsse. (Unternehmen mit mehr als 25 Millionen DM Bilanzsumme, Banken mit mehr als 150 Millionen DM Bilanzsumme.) Um von den Unternehmern Spenden zu erhalten röhmt sich die SPD-Führung sogar der Tatsache, daß sich die „Tafelröhungen“ der letzten Monate in gesamtwirtschaftlichen Grenzen hielten.“ So SPD-Präsident Nau in einem Spendenappell an die „Wirtschaft“.

der breiten Öffentlichkeit wenig bekannten Zeitschrift „Neue Gesellschaft“ (NG, S. 663 f):

„Jedermann weiß, daß es das Verdienst der deutschen Gewerkschaften und der deutschen Sozialdemokratie ist, daß wir in unserem Land keine große kommunistische Partei ... haben ... Nun verlange ich gar nicht von der CDU/CSU, daß sie im gleichen Maße in die Betriebe geht, sie könnte sich da ja die Hände schmutzig machen. Wir brauchen sie dort auch nicht. Aber wenn ich einmal den Standpunkt eines staatsbewußten Konservativen ... nachzuholen suchte, dann müßte sich dieser doch folgendes sagen: Die Aufgabe der Sozialdemokraten ist es, die deutsche Demokratie nach links abzuschirmen.“

Undankbare CDU

Und über die Funktion der SPD in Bezug auf die Jugend erklärte Ehmke: „Jetzt sollte man meinen, Kon-



Einen „Sozialismus“, wo die Großkapitalisten die Fabriken beherrschen und das Profitgesetz über allem anderen steht - so wie ihn die SPD propagiert - wird es niemals geben. Sozialismus heißt u. a. (und eben nicht „zuletzt“) Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Unser Bild zeigt einen Blick auf das neue Stadtzentrum von Berlin/DDR.

Führung als „Zwangswirtschaft“ verfeindet. In derselben Rede spricht der SPD-Vorsitzende davon, daß die „schöpferische Unternehmerinitiative“ von seiner Partei anerkannt und geschützt werde.

Politik im Interesse der Monopole

Dem allerdings entspricht auch die politische Praxis der jetzigen Bundesregierung. So führte ihre Wirtschaftspolitik dazu, daß die Konzen-

Hilden - Kanzleramtsminister Horst Ehmke (SPD) hat gestern abend in einer SPD-Wahlversammlung in Hilden die DKP-Mitglieder aufgefordert, bei der Bundestagswahl am 19. November die SPD zu wählen. Ehmke, der diese Aufforderung in einer Antwort an den DKP-Bundestagskandidaten Müller (Düsseldorf-Mettmann) machte, sagte wörtlich: „Jede Zerstörung der Stimmen auf der Linken muß vermieden werden.“

(Rheinische Post v. 6. 10. 72)

servative hätten erstens Verständnis für das Generationsproblem, und sie würden zweitens sagen: Eigentlich ist es phantastisch, was die Sozialdemokraten da auf sich nehmen. Und das ist es natürlich in der Tat: Während der Großen Koalition hatten wir die Jugend auf den Straßen ... Wir haben dieser Jugend ihre Entscheidung über den Weg zurück zur parlamentarischen Demokratie erleichtert ...“

Bitter beklagt sich Herr Ehmke darüber, daß die CDU/CSU, der die SPD-Führung diese Aufgabe, sozusagen arbeitssteilig, abgenommen hat, sich nicht als dankbarer erweist. Schließlich hätten Strauß und Barzel allen Grund, der SPD-Führung dankbar zu sein, meint Herr Ehmke, und wir können ihm da nur zustimmen.

Über Vietnam befragen!

Die „Initiative Internationale Vietnam Solidarität“ fordert ihre Freunde auf, vor ihrer Wahlentscheidung die Bundestagskandidaten zu befragen, ob sie im Bundestag und in der Öffentlichkeit die US-Aggression in Indochina eindeutig zu verurteilen bereit sind.

Wir fordern die Bundesregierung auf, die Aggression der USA in Indochina eindeutig zu verurteilen und sich für den sofortigen, bedingungslosen Abzug der US-Truppen aus Indochina einzusetzen. Die Bundesregierung muß jede politische und materielle Hilfe und Unterstützung für die Marionettenregierungen in Südvietnam, Laos und Kambodscha einstellen. Die Bundesregierung muß - auch unter der Konsequenz des Abzuges der US-Truppen aus der BRD - die Devisenausgleichszahlungen (6,6 Md. DM) einstellen, weil darin die mittelbare Finanzierung der verbrecherischen Aggression in Vietnam behindert ist.

Die Bundesregierung muß jede Produktion von Waffen und Chemikalien auf dem Boden der BRD verhindern, die für den Einsatz gegen die Völker Indochinas bestimmt sind - dazu gehören auch alle Teilprodukte. Die Bundesregierung muß sich scharf gegen die Machenschaften der Saigon Botschaft in Bad Godesberg wenden, welche vielen in der BRD lebenden südvietnamesischen Studenten die Unterhaltssicherung und die Pässe entzieht.

Die Bundesregierung sollte mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln dafür Sorge tragen, daß diese Studenten nicht zum Abbruch ihres Studiums und zum Kriegsdienst in Vietnam gezwungen werden. Die Bundesregierung sollte jeden Versuch zur Disziplinierung der demokratischen südvietnamesischen Studenten verhindern und deren Recht auf freie Meinungsäußerung gegen die US-Aggression und gegen die Saigon Botschaft gewährleisten. Die neu zu wählende Bundesregierung wird aufgefordert, der Proviso-

rischen Revolutionären Regierung der Republik Südvietnam (PRR) - analog der bereits in Skandinavien und Frankreich bestehenden Büros - ein Informationsbüro zu genehmigen. Die BRD hat durch ihre Friedens- und Entspannungspolitik in Europa wesentlich zur Entkämpfung der Fronten beigetragen. Dieser Wille zum Frieden würde untermauert durch eine klare Absage an die US-Politik in Indochina, der täglich unschuldige Menschen zum Opfer fallen.

Wir fordern die kommende Bundesregierung, die Bundestagskandidaten, die gesellschaftlichen Organisationen, vor allem die Religionsgemeinschaften und die Gewerkschaften, die Jugend- und Studentenverbände sowie jeden einzelnen Bürger auf: Verurteilt die US-Aggression!

Kämpft für die Beendigung des Krieges auf der Grundlage der Vorschläge zur politischen Lösung, wie sie von der Regierung der DRV, der Provisorischen Revolutionären Regierung der RSV, der Patriotischen Front von Laos und der Nationalen Einheitsfront von Kambodscha unterbreitet wurden!

Solidarität mit den Völkern Indochinas!

f. d. R.

Initiative Internationale Vietnam Solidarität, Exekutivausschuß

Heinz Kopp (f. d. Bundesvorstand der Jungsozialisten)

Rolf J. Priemer (Bundesvorsitzender der SDAJ)

Gerhard W. Seelbach (2. Bundesvorsitzender der Deutschen Jungdemokraten)

Frank Werkmeister (Kampagne für Demokratie und Abrüstung)

wächst, und auch mit dem schönen Wort „demokratisch“ läßt sich nicht ewig verschleiern, was Sozialismus und sozialistische Politik wirklich heißt.

Sozialistische Politik heute - das heißt die lohnabhängigen Massen zum Kampf aufzurufen, zum Kampf gegen Unternehmerwillkür und Preistreiberei, das heißt der politischen und ökonomischen Macht des Großkapitals die Solidarität und Kampfentschlossenheit der Arbeiterklasse entgegenzusetzen, das heißt, eine Politik zu befürworten, wie sie die DKP entwickelt hat.

„SPD - weil's vernünftig ist“ erscheint uns doch, gelinde gesagt, etwas verkürzt. „Mit der DKP - kontra Großkapital“ - klingt schon „vernünftiger“.

Demokratie, die sie meinen

Kein Wort wird hierzulande so strapaziert wie das Wort „Demokratie“. Candidus Barzel nimmt's ölig in den Mund, Franz Strauß brüllt darüber. Aber „Demokratie“ ist nicht eine Frage der Reihung von Buchstaben oder Silben, es ist in erster Linie eine Frage der gesellschaftlichen Praxis. Die Realität allein entscheidet, inwieweit es das, worüber die Trompeter der herrschenden Klasse so mächtig und salbungsvoll tönen, auch wirklich gibt.

Jeder Arbeiter und Angestellte kann sich jeden Morgen, spätestens ab halb neun, überzeugen, ob „Demokratie“ in seinem wichtigsten Lebensbereich, im Betrieb, praktiziert wird. Jeden Tag bekommt er aufs Neue bestätigt: Nein. Ein Blick in die Wirklichkeit zeigt ferner, daß die Klasse der Ausbeuter, deren einzelne Vertreter sich gern bieder und „demokratisch“ geben, die Organe und Institutionen dieses Staates beherrschen und für ihre Interessen rücksichtslos einsetzen. Zwei Beispiele dazu aus jüngster Zeit, Beispiele die zeigen, daß, wenn es nach den Willen der Herrschenden geht, „Demokratie“ und „Grundrechte“ leere Worte, Papier bleiben.

Freie Meinungsäußerung eingeschränkt

Da gibt es das Grundrecht der freien Meinungsäußerung. Dieses Grundrecht ist sehr hoch einzuschätzen, weil es eine starke Waffe der arbeitenden Massen ist, ein Instrument das wirksam wird, wenn die Arbeiterkasse ihre Interessen erkennt und vorzutragen beginnt, ein Recht, das sich die Volksmassen in opferreichen Schlachten gegen Adel und Bourgeoisie erkämpft haben.

Praktische Demokratie ist nichts anderes als Ausübung auch dieses Rechtes im Interesse der Mehrheit. Dazu gehört beispielsweise das Verteilen von Flugblättern. Nun hat ein Bankkaufmann, der Mitglied der DKP ist,

in seiner Freizeit Flugblätter verteilt. Der Bayrischen Vereinsbank, in der der Betreffende angestellt war, gefiel der Inhalt dieses Flugblattes



Flugblattverteilung nur noch, wenns den Unternehmern paßt?

nicht, sie kündigte ihm; sie begründete die Kündigung mit der angeblichen Schädigung ihrer Geschäftsinteressen. Und das Bundesarbeitsgericht entschied nun, die Ausübung des Grundrechts der freien Meinungsäußerung (Art. 5, Abs. 1 GG) müsse eingeschränkt werden, wenn es „den Interessen des Arbeitgebers ... zuwiderhandeln oder die beeinträchtigen“ könne.

Damit würde nun – käme dieses Urteil durch – jegliche Kritik gegen die bestehende Wirtschaftsordnung in der BRD, die das Grundgesetz in keiner Weise als unantastbar gewährleistet, verfassungswidrig. Wer etwa Flugblätter mit den Wahlkriterien des DGB verteilt, auf Gewerkschaftsversammlungen mehr Mitbestimmung im Betrieb fordert, sein Boß kann ihn über die Klinge – das Kaseler Urteil – springen lassen.

Völkermord im GG abgesegnet

Im anderen Fall haben die Mainzer Justizbehörden die Verteilung eines Flugblattes der DKP verboten, das zur Solidarität mit dem Befreiungskampf des vietnamesischen Volkes aufrief. Begründung: das Flugblatt richte sich in seinem Inhalt u. a. gegen ein mit der Bundesrepublik verbündetes Land, gegen die USA. Die Völkermordstrategie eines Richard Nixon soll zur Richtschnur unseres Grundgesetzes, durch das Grundgesetz abgesegnet werden, – unfaßlich, aber das ist die Konsequenz. Auch Flugblätter gegen den Faschismus in Griechenland und Portugal könnten danach beschlagnahmt werden, da sie sich gegen „Verbündete der Bundesrepublik“ richten. Hier freilich entlarvt sich auch der Charakter dieses Bündnisses; angeblich soll es das schützen – „Demokratie“, „Freiheit“ – was unter Berufung auf das Bündnis abgeschafft wird: das ist die Logik eines Bündnisses, das sich gegen die Interessen der breiten Volksmassen richtet, das ausschließlich zum Schutz der kapitalistischen Ausbeuterordnung ins Leben gerufen wurde.

Wenn die Vertreter der etablierten Parteien über „Demokratie“, „Freiheit“ usw. sülzen, müssen ihre Worte an dem gemessen werden, was

„im Lande draußen“ geschieht: in den Betrieben, wo nicht die Vielen, sondern eine kleine radikale Minderheit „Herr im Haus“ ist; in den Hochschulen, wo die Studenten mundtot gemacht werden sollen, im öffentlichen Dienst, im Schuldienst, wo Demokraten und Sozialisten Berufsverbot bekommen; in den Gerichtshöfen, wo das Recht der freien Meinungsäußerung seine Grenzen im

Profitinteresse der Unternehmer finden soll; in den Universitäten, wo man arabische und palästinensische Studenten wie Freiwild jagt. Deswegen müssen entschiedener noch als bisher alle Demokraten in diesem Land die Angriffe der Reaktion, wie sie sich vorwiegend um CDU und CSU geschart hat, zurückweisen, müssen sie die Demokratie zur Sache des ganzen Volkes machen.

Perfektionierter Völkermord in Vietnam

Eine amerikanische Antikriegsorganisation hat in einem Flugblatt das „Areadenial-Programm“ des Pentagon verurteilt, das darauf abzielt, „ganze Räume Indochinas zu entvölkern“. Wie der britischen Wochenschrift „Tribune“ zu entnehmen ist, waren die Hälften von allen Bomben, die die Amerikaner auf Indochina abgeworfen haben, Splitterbomben, die Menschen vernichten. (Von 1965 bis 1971 haben die Amerikaner 6,3 Millionen Tonnen Bomben auf Indochina abgeworfen.)

Grundgesetz schützt nicht die Herrschaft der Monopole

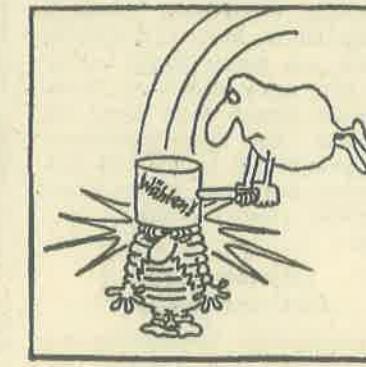
meinschaft für Wohnungswesen, Städteplanung und Raumordnung der Ruhr-Universität Bochum.

„Nach allzu schlafig verbrachten Jahren, die viele Ordnungswidrigkeiten ermöglicht haben, gilt es, sich wieder daran zu erinnern, daß die Wirtschaftsordnung der sozialen Marktwirtschaft keine Selbstverständlichkeit ist. In der Tat gibt es keine ausdrückliche Bestandsgarantie, keine eindeutige verfassungsrechtliche Verankerung für das marktwirtschaftliche System.“ Klaus Bernhard, Chefredakteur des „Handelsblatt“ bei der Verleihung des Karl-Bräuer-Preis („Der Steuerzahler“ 11/71, Seite 173)

Bundesverfassungsrichter Prof. Dr. Leibholz bei einem Gespräch im Südwestfunk am 21. 12. 1970.

„Das Grundgesetz enthält keine Bestimmungen, die die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung als solche betreffen. Der Parlamentarische Rat hat bewußt darauf verzichtet, konkrete Vorschriften über die verfassungsmäßige Gestaltung dieser Bereiche aufzunehmen. Das heißt, ein bestimmtes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem wird durch das Grundgesetz nicht gewährleistet.“

Adenauers ehemaliger Wohnungsbauminister, der Präsident des Zentralverbandes der Deutschen Haus- und Grundeigentümer e. V., Dr. Victor Emanuel Preusker am 19. 1. 70 in einem Referat vor der Arbeitsge-



ROTE BLÄTTER EXTRA

Herausgeber: Bundesvorstand des SPARTAKUS, 53 Bonn, Sternburgstraße 73; Verantw.: R. Lang; Druck: Rühl, Krefeld.

In Hochschulen und Betrieben bewährt:

Die Aktionseinheit zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten

Für Strauß-Barzel und die Unternehmerverbände, für die Freiheitsbündler und den RCDS an den Hochschulen ist sie der Anfang vom Ende des Abendlandes, für die rechte SPD-Führung ist sie ein Gespenst, das mit der Bannbulle von Antikommunismusbeschlüssen und Gemeinsamkeitsbeschwörungen mit der CDU/CSU ausgetrieben werden muß.

Für die Arbeiter im Lohnkampf, und auch für die Studenten, die für ihre Interessen kämpfen, war und ist sie allemal eine Notwendigkeit und ein Gewinn: die Aktionseinheit von Kommunisten und Sozialdemokraten.

Aktionseinheit auf der Tagesordnung

Die Arbeiter haben gemeinsame Interessen. Um sie wirkungsvoll gegen das Großkapital zu vertreten, muß die Arbeiterklasse einheitlich, geschlossen und solidarisch handeln. Das erfordert das Zusammenwirken der verschiedenen in der Arbeiterklasse wirkenden politischen Strömungen und Gruppierungen auf der Grundlage der gemeinsamen Klasseninteressen, d. h. die Aktionseinheit von kommunistischen, sozialdemokratischen, parteilosen und christlichen Arbeitern. Ebenso erfordert das gemeinsame Interesse der Mehrheit der Studenten, ihre materielle und soziale Existenz zu sichern, auf Inhalt und Gestaltung ihres Studiums einzuwirken, ihre demokrati-

schen Rechte zu verteidigen und auszubauen, die Zusammenarbeit der verschiedenen fortschrittlichen politischen Strömungen in der Studentenschaft.

Im Kampf gegen die Arbeiterbewegung und jegliche demokratische Opposition ist die traditionelle Methode der herrschenden großkapitalistischen Kreise die der Aufspaltung und Spaltung, des „divide et impera“.

Doch diese Methode verfängt heute weniger denn je. Die Zuspitzung der sozialen und politischen Widersprüche des kapitalistischen Systems hat die Frage der Aktionseinheit der Arbeiterklasse unabsehbar auf die Tagesordnung gesetzt. In dem Umfang, in dem sich die politischen und Streikaktionen der Arbeiterklasse vertieft und ausgeweitet haben, haben auch immer größere Teile der internationalen sozialdemokratischen Bewegung begonnen, von Positionen der Klassenzusammenarbeit mit der Bourgeoisie abzurücken und sich für den Dialog zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten bei der Lösung gemeinsamer Aufgaben auszusprechen.

Positive Erfahrungen

Vor dem Hintergrund der Auseinandersetzung innerhalb der nationalen und internationalen sozialdemokratischen Bewegung über Ziel und Inhalt sozialdemokratischer Politik, über die Frage, wer die Gegner und wer die Verbündeten der Sozialdemokratie sind, müssen auch die Maßnahme des Namensentzuges gegen den Sozialdemokratischen Hochschul-Bund von Seiten der SPD-Führung und Disziplinierungsversuche gegenüber Jungsozialisten und anderen fortschrittlichen Sozialdemokraten gesehen werden. Auf diesen Zusammenhang verweist auch der

legt, sind in Chile Sozialdemokraten an der antiimperialistischen Regierung der Volkseinheit beteiligt, stützt sich die schwedische sozialdemokratische Minderheitsregierung Olaf Palme im Parlament auf die Stimmen der kommunistischen Fraktion, befürworten die finnischen Sozialdemokraten gemeinsame Initiativen der internationalen Sozialdemokratie und der kommunistischen Weltbewegung durch Durchsetzung von Frieden, Entspannung und Abrüstung.

Der Sprecher des Sozialdemokratischen Hochschulbundes, Stefan Albrecht, in einem Interview vom 23. 6. 1972 mit der Presseagentur PPA: Die SPD-Führung habe sich „in dieser Beziehung voll und ganz auf antikommunistische Positionen festlegen lassen, und dieses erklärt natürlich

an einem Strang gezogen haben, konnten die reaktionären CDU-Studenten aus den Allgemeinen Studienausschüssen verdrängt werden, konnten die fortschrittlichen Kräfte insgesamt ihren Einfluß erweitern, wurden die ASten und Fachschaften echte Organe der Interessenvertre-

GEW und anderen Organisationen der Lohnabhängigen artikuliert.

Ohne die Zusammenarbeit von Spartakus und SHB gäbe es heute keinen demokratischen nationalen Dachverband der Studenten, gäbe es den Verband Deutscher Studentenschaften nicht mehr.

Gemeinsame Aktionen

Die Erfahrung, daß Geschlossenheit, einheitliches Handeln stark macht, daß Aktionseinheit die Garantie für Erfolge ist, konnten die Studenten nicht nur im Kampf um eine demokratische Bildungspolitik machen. Die Massenaktionen gegen den Coup d'état der CDU/CSU vor fünf Monaten, an denen auch die Studentenbewegung ihren Anteil hatte, haben ebenfalls bewiesen: So und nur so können der Reaktion Niederlagen beigebracht werden.

Deshalb betont der MSB-SPARTAKUS auch in seinem Aufruf zu den Bundestagswahlen die Notwendigkeit der Aktionseinheit. Unterschiedliche Auffassungen dürfen uns nicht hindern, in gemeinsamen Aktionen eine Strauß-Barzel-Herrschaft abzuwehren, der CDU/CSU bei den Bundestagswahlen eine Niederlage beizubringen.



Der Kampf um die Durchsetzung der Verträge von Moskau und Warschau hat gezeigt: die Aktionseinheit von Sozialdemokraten und Kommunisten stärkt die Kraft der Arbeiterklasse. Sie ist notwendig, wenn in diesem Land den Rechtskräften eine Niederlage beigebracht werden soll.

auch, warum sie jetzt gegen den SHB vorgeht, der an den Hochschulen mit dem Marxistischen Studentenbund Spartakus zusammenarbeitet.“

Die Erfahrungen dieser Zusammenarbeit werden von beiden Verbänden, trotz aller Unterschiede, die sonst in den Auffassungen bestehen, positiv eingeschätzt. Überall dort, wo Spartakus und SHB im Kampf für eine demokratische Bildungspolitik

tung, Kampfinstrumente der Studenten gegen den materiellen Bildungsnotstand, für Mitbestimmung und demokratische Rechte. Wo Spartakisten und Sozialdemokraten an den Hochschulen zusammenarbeiten, da wird das Bündnis mit der Arbeiterklasse nicht nur propagiert, sondern praktiziert: die Gemeinsamkeit der Interessen wird in gemeinsamen Aktionen mit Gewerkschaftsjugend,

Kontakte Madrid — Peking

Spanien hat Kontakte zur Volksrepublik China aufgenommen, um die Aufnahme diplomatischer Beziehungen anzubahnen, wie in Madrid verlautet. Vorgespräche soll der spanische Generalkonsul in der britischen Kronkolonie Hongkong geführt haben. (Welt, 19. 10. 72)

Jusos, Judos und Falken legten ein „Schwarzbuch“ über Strauß vor

Das Schwarzbuch „Betr. Dr. h. c. Franz Josef Strauß, MdB“ beschäftigt sich ausgiebig mit dem aufhaltsamen Aufstieg des CSU-Chefs, es ist eine Chronologie seiner Affären. Er ergänzt auch seinen Lebenslauf in der Zeit des Dritten Reiches.

„Am 1. Mai 1937 war Strauß dem Nationalsozialistischen Kraftfahrkorps (NSKK), einer Gliederung der NSDAP, beigetreten; er wurde beim Sturm 23/M 86 in München „weltanschaulicher Referent“.

Am 1. November war Strauß dem Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund (NSDStB) beigetreten. Am 1. Mai 1942 wurde der Studienassessor Franz Strauß vom Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung zum außerplanmäßigen Beamten an der Oberschule für Jungen in der Damenstiftstraße, München, ernannt, am 5. April 1943 zum Stu- dienrat.“

Beim Militär brachte er es in kurzer Zeit zum Oberleutnant. Letzte Dienststellung: Chef der Stabsbatterie einer Flak-Einheit mit Standort in Altenstadt bei Schongau am Lech. Nach Kriegsende betätigte sich der Oberleutnant Franz Strauß, der sich zuvor durch eigene Eintragung in sein Soldbuch selbst aus der Wehrmacht entlassen hatte, als Dolmetscher bei der amerikanischen Militärgouvernance. Auf Betreiben des in Schongau stationierten Oberleutnants im militärischen Nachrichtendienst, Ernest F. Hauser, wurde Strauß kommissarischer Landrat in Schongau. Dieser Hauser, ein Dutzendfreund des späteren Verteidigungsministers Franz Josef Strauß wurde später Repräsentant der US-Rüstungsfirma Lockheed in der BRD. Der Mann, der ihm diesen Posten beschaffte, war: Franz Josef Strauß. Die Firma Lockheed war Strauß mehr als verpflichtet. Er war es schließ-

luftwaffe mit „Starfightern“ von Lockheed ausrüsten ließ. Diese Entscheidung fällte Strauß 1958: er bestellte gleich 700 Stück, noch ehe ein einziger Prototyp der deutschen „Starfighter“-Version F. 104 G im Flug erprobt worden war. Später fielen sie dann serienweise vom Himmel. Die Affäre um die Beschaffung des Star-

luftwaffe mit „Starfightern“ von Lockheed ausrüsten ließ. Diese Entscheidung fällte Strauß 1958: er bestellte gleich 700 Stück, noch ehe ein einziger Prototyp der deutschen „Starfighter“-Version F. 104 G im Flug erprobt worden war. Später fielen sie dann serienweise vom Himmel. Die Affäre um die Beschaffung des Star-

luftwaffe mit „Starfightern“ von Lockheed ausrüsten ließ. Diese Entscheidung fällte Strauß 1958: er bestellte gleich 700 Stück, noch ehe ein einziger Prototyp der deutschen „Starfighter“-Version F. 104 G im Flug erprobt worden war. Später fielen sie dann serienweise vom Himmel. Die Affäre um die Beschaffung des Star-

luftwaffe mit „Starfightern“ von Lockheed ausrüsten ließ. Diese Entscheidung fällte Strauß 1958: er bestellte gleich 700 Stück, noch ehe ein einziger Prototyp der deutschen „Starfighter“-Version F. 104 G im Flug erprobt worden war. Später fielen sie dann serienweise vom Himmel. Die Affäre um die Beschaffung des Star-



war. Später fielen sie dann serienweise vom Himmel. Die Affäre um die Beschaffung des Star-

luftwaffe mit „Starfightern“ von Lockheed ausrüsten ließ. Diese Entscheidung fällte Strauß 1958: er bestellte gleich 700 Stück, noch ehe ein einziger Prototyp der deutschen „Starfighter“-Version F. 104 G im Flug erprobt worden war. Später fielen sie dann serienweise vom Himmel. Die Affäre um die Beschaffung des Star-

Stabsoffizier als NPD-Kandidat

Der Stabsoffizier beim Wehrbereichskommando 6 der Bundeswehr in München, Georg Pemler, kandidiert im Wahlkreis Dachau-Fürstenfeldbrück-Landsberg für die NPD zu den Bundestagswahlen. Der ehemalige Offizier der Naziwehrmacht ist Mitglied des Parteipräsidiums der neonazistischen NPD.

Die Freiheit für jeden, Millionär zu werden

Der Deutschlandtag der Jungen Union

Konrad Adenauer, so sinnierte die Programmkommission der Jungen Union (JU), sei für die sieben Neuwähler-Jahrgänge längst Geschichte. Um die Jungwähler für die CDU/CSU zu gewinnen, sei es notwendig, eine in die Zukunft gerichtete Programmatik zu entwickeln, die, gut unter die Jugend verkauft, von den Übeln der CDU/CSU-Politik der Vergangenheit ablenkt.

Zugegeben, die JU, die Jugendorganisation der CDU/CSU, hat es schwer. Sie befindet sich unter allen Jugendorganisationen in der Isolierung, wenn man von den guten Beziehungen zur „Deutschen Jugend des Ostens“ absieht. Ihr Ruf als konservativ, als Karriereverein zur Erreichung von Pöschchen und Mandaten, als schwarze Zelle „Adel und Banken“, hat sie bei der Jugend immer fragwürdiger werden lassen.

Die Jesus-People der Reaktion

Das soll nun anders werden. Rechtzeitig zur Eröffnung des Wahlkampfes wurde der „Deutschlandtag“ der JU einberufen, um in ein neues Kleid zu schlüpfen. In der Bischofsstadt Fulda sollte das Wunder gelingen, die JU als Interessenvertreterin der fortschrittlichen Jugend und die CDU/

CSU als „Partei der Jugend“ und des „sozialen Fortschritts“ zu küren. D. Rollmann, jugendpolitischer Sprecher der CDU, bekannt durch seinen Beiratvertrag mit der DJO und seine wütenden Attacken gegen jede fortschrittliche Jugend- und Studentenorganisation, gab die Marschrichtung an: „Opposition und junge Generation haben viele Gemeinsamkeiten. Wir sind nicht mit dem zufrieden was ist. Wir wollen vorwärts gehen. Wir wollen Fortschritt erzielen. In jedem demokratisch verfaßten Lande hat sich noch immer ein natürliches Bündnis zwischen der jungen Generation und der Opposition herausgebildet.“

Und so wurde dann in Fulda ein Grundsatzprogramm „Für eine humane Gesellschaft“ verabschiedet, das die JU als „demokratisch organisierten Teil der politisch engagierten Bewegung“ ausweisen soll, die „die Interessen der jungen Generation vertritt“ und die „Denkansätze und Vorstellungen der Jugend in die politische Auseinandersetzung einbringen will“.

Statt Verketzerung und Diffamierung der kritisch eingestellten Jugend, nun der demagogische Versuch der Integration oppositionell eingestellter Jugendlicher in die CDU/CSU. So einfach, wie Rainer Barzel vor einem Jahr, macht es sich die JU dabei nicht. Damals hatte Barzel die Anhänger der Jesus-People-Bewegung zum Eintritt in die CDU aufgefordert, da ja beide für die Pflege christlicher Wertvorstellungen eintraten.

Schwarze Zelle „Adel und Banken“

Bei gleichzeitiger Verschärfung der antikommunistischen Attacken ver-



Auf dem „Deutschlandtag“ der Jungen Union präsentierten sich die reaktionärsten Vertreter der CDU, auf unserem Bild neben dem Vorsitzenden der JU, Echternach (links), der Reaktionär Dregger (Mitte) und CDU-Generalsekretär Kraske. Das Ganze lief unter dem Motto: „Jugend für Barzel.“ Haha!

selbst die Revolution wird entdeckt. Diese sei dort gerechtfertigt, „wo sie als Explosion grenzenloser Hoffnungslosigkeit das letzte Mittel der Unterdrückten darstellen, menschliche Verhältnisse zu schaffen“.

Doch die Industrie braucht sich nicht zu fürchten, wie Jürgen Echternach, der Vorsitzende der JU, in der „Welt“ klarstellte. Denn zuerst müsse sich das politische und gesellschaftliche System entscheidend fehlentwickelt haben, und dies sei im Kapitalismus nie der Fall und folglich gelten diese Aussagen auch nur für die sozialistischen Länder.

Überhaupt, die Entwicklung von der schwarzen zur roten Zelle „Adel und Banken“ steht nicht auf der Tagesordnung. Das kapitalistische System

wird vorbehaltlos verteidigt: „Eine Gesellschaftsordnung, die die Freiheit nicht nur formal schützt, sondern auch tatsächlich gewährleistet und fördert, verlangt auch eine Wirtschaftsordnung, die diese Forderungen erfüllt... Die Auswirkungen der Fehler der Vergangenheit lassen sich nur durch systemkonforme Korrekturen, nicht durch radikale Eingriffe in den Ordnungsrahmen lösen“.

Will noch jemand Millionär werden?

Demagogisch stellt die JU die Forderung nach der Realisierung der politischen Verantwortung des einzelnen durch Einwirkung auf sach- und personalpolitische Entscheidung, nach Mitwirkungsrechten der Redakteure in den Massenmedien und nach betrieblicher Mitbestimmung, die einzelnen tatsächlichen Einfluß auf die Gestaltung seine Arbeit gibt, auf, um diese Forderungen im selben Atemzug wieder abzulehnen: Prinzipien der Demokratie sollen in gesellschaftlichen Institutionen nur dann Geltung finden, wenn „deren Aufgabenstellung, Funktions- und Leistungsfähigkeit dadurch nicht beeinträchtigt werden.“

Da wird gefordert, das Bildungswesen muß dem Anspruch des Einzelnen gerecht werden, seine Anlagen, Fähigkeiten und Leistungsmöglichkeiten voll zu entwickeln, um gleichzeitig die Forderung aufzustellen, daß „Bildung und Ausbildung den zukünftigen Bedürfnissen der Gesellschaft“ entsprechen muß, d. h. den Plänen des Kapitals.

Da wird die Freiheit für jeden gefordert, Millionär zu werden, die Freiheit der Berufswahl, einschließlich der Entscheidung zur selbstständigen oder freiberuflichen Tätigkeit

unabhängig der sozialen Herkunft. Hinter Phrasen versteckt fordert die JU eine verstärkte Tätigkeit des Verfassungsschutzes gegen all jene, die den Staat „gewaltsam verändern wollen oder ihn zum Nachteil seiner Mitbürger missbrauchen“. Es werden die Berufsverbote verteidigt und den Gewerkschaften und der verfaßten Studentenschaft das politische Mandat aberkannt.

Jugend für Barzel/Strauß?

Dieses Programm kennt nur ein Ziel: das Zurückdrängen sozialistischer Ideen und Gruppierungen unter der Jugend, die Durchsetzung von Reformen zur Stabilisierung des Systems und die Verteidigung der kapitalistischen Ordnung. Eindeutig formuliert dies der Leiter der Programmkommission der JU, der rheinländische JU-Landesvorsitzende Wulf Schönbohm: „Angesichts des Neuaufkommens sozialistischer und neomarxistischer Organisationen und deren Attraktivität im Bereich der jungen Generation, schien die Formulierung der grundsätzlichen Position der JU besonders vordringlich. Es galt zu verdeutlichen, daß die JU unter den politischen Jugendverbänden die einzige ernst zu nehmende politische Gruppierung ist, die bei aller Berücksichtigung der Notwendigkeit von Reformen im staatlich-politischen und gesellschaftlichen Bereich, doch klar und eindeutig zur parlamentarisch-repräsentativen Demokratie und zur sozialen Marktwirtschaft steht und damit „system sprengende“ Reformen strikt ablehnt.“

Das Ziel dieses Deutschlandtages der JU spiegelt sich wieder in der Lösung der dort verabschiedeten Wahlplattform der JU: Jugend für Barzell

Kommunisten wieder in den Bundestag

Fortsetzung von Seite 1

Seite der Barrikade. Nicht aber die DKP. Die Kommunisten haben gemeinsam mit den Studenten demonstriert. Die DKP kämpft für die Erhaltung und den Ausbau der demokratischen Rechte und Freiheiten – gegen das Großkapital.

Die fortschrittlichen Studenten haben viel dazu beigetragen, die Öffentlichkeit aufzuklären über die Verbrechen des US-Imperialismus in Vietnam. Sie haben dem vietnamesischen Volk politische und materielle Hilfe geleistet. Vietnam, das ist der Prüfstein für alle die schönen Worte von Demokratie und Menschlichkeit. Die jetzige Bundesregierung hat die Politik der CDU/CSU-Regierungen fortgesetzt und unterstützt Nixon und seine Politik des „Alles verbrennen, Alles zerstören, Alles vernichten“ in Indochina.

Jede Stimme für die DKP aber ist eine Stimme gegen den Vietnamkrieg. „Amis raus aus Vietnam!“ Wer diese Forderung unterstützt, der sollte die Partei wählen, deren Vorsitzender Kurt Bachmann vor kurzem erklärt hat: „Unsere Pflicht als Kommunisten ist es, dafür zu sorgen, daß die Bewegung für Vietnams Frieden, Freiheit und Unabhängigkeit immer stärker wird.“

Überall dort, wo Studenten den Kampf für ihre Interessen aufgenommen haben, sind sie in einen Gegensatz zum Großkapital geraten. Dabei konnten sie die Erfahrung machen, daß sowohl CDU/CSU als auch SPD und FDP nicht auf ihrer Seite, sondern auf der Seite des Großkapitals gestanden und Hochschulpolitik gegen die Studenten gemacht haben. Gegen wen hat sich denn die Studentenbewegung mit den Massenaktionen der letzten Jahre zur Wehr gesetzt?

Gegen die Versuche der CDU/CSU, aber auch der Bundesregierung, den

Kampf dem Berufsverbot! Erste Erfolge

Im Falle Claudia Eisinger ist zum ersten Mal nach den Berufsverboten ein Berufsausbildungsverbot von der Kultusbürokratie ausgesprochen worden. Im CSU-regierten Bayern, der Hochburg der Reaktion, wird der Versuch unternommen das Grundrecht auf Bildung außer Kraft zu setzen.

Die bekanntgewordenen Fälle von Berufsverbot zeigen, daß sich die Hetzjagd nicht etwa auf Kommunisten, auf Mitglieder der DKP beschränkt. Jeder fortschrittliche Lehrer ist bedroht. Die Mittel reichen dabei von „inoffiziellen“ Disziplinarstrafen bis zur Entlassung oder Nichteinstellung. So wurde der So-

Studenten das elementare Recht auf eigene Interessenvertretung zu nehmen, gegen die verfassungswidrigen Berufsverbote, die von allen drei heute im Bundestag vertretenen Parteien befürwortet werden, gegen unerträgliche Studienbedingungen, gegen den N. C., gegen die vollkommen unzureichende Ausbildungsförderung, die alles Folgen einer 20jährigen CDU-Politik sind, und die auch von der „sozialliberalen“ Koalition deshalb nicht abgeschafft wurde, weil auch für diese Regierung die Profite des Rüstungskapitals wichtiger sind als die Finanzierung von dringend notwendigen bildungspolitischen Aufgaben.

DKP auf Seiten der Mehrheit der Studenten

Es waren die Kommunisten, die die fortschrittlichen Studenten im Kampf um ihre Interessen unterstützt haben. Es ist die DKP, die für den gemeinsamen Kampf von Arbeitern und Studenten eintritt, für das Bündnis der fortschrittlichen Intelligenz und der Arbeiterklasse.

Für den MSB SPARTAKUS sind die außerparlamentarischen Aktionen entscheidend für die Durchsetzung unserer Forderungen. In solchen Aktionen sehen wir, wie die DKP, den wichtigsten Bestandteil unseres Wahlkampfes.

Nur kommunistische Abgeordnete werden unsern Kampf gegen den Bildungsnotstand, gegen Berufsverbote und Einschränkung unserer demokratischen Rechte auch im Parlament unterstützen.

Nur die DKP wird auch im Bundestag ihre Stimme gegen den Völkermord in Indochina erheben.

Jede Stimme für die DKP zählt für unsere eigenen Interessen!

Wählt DKP!

Kommunisten wieder in den Bundestag!

Inflation - Geschäft mit der Angst

Mit viel Geschrei zieht die CDU/CSU in den Wahlkampf. Die Barzelsche Mannschaft vergießt zu jeder Gelegenheit Krokodilstränen über die mangelnde wirtschaftliche Stabi-

lität über die rapide Geldentwertung. Es wird immer deutlicher: dieses Wirtschaftssystem ist nicht gesund, ständige Preissteigerungen lassen den Wert des Geldes sinken.

Leichtfertigkeit des Wirtschaftsministers Schmidt klagt, noch vor kurzem empfohlen hat, die Regierung sollte doch den Konjunkturzuschlag einbehalten, also die Massen um ihr Geld betrügen.

Stabilitätskonzept: Konsumverzicht

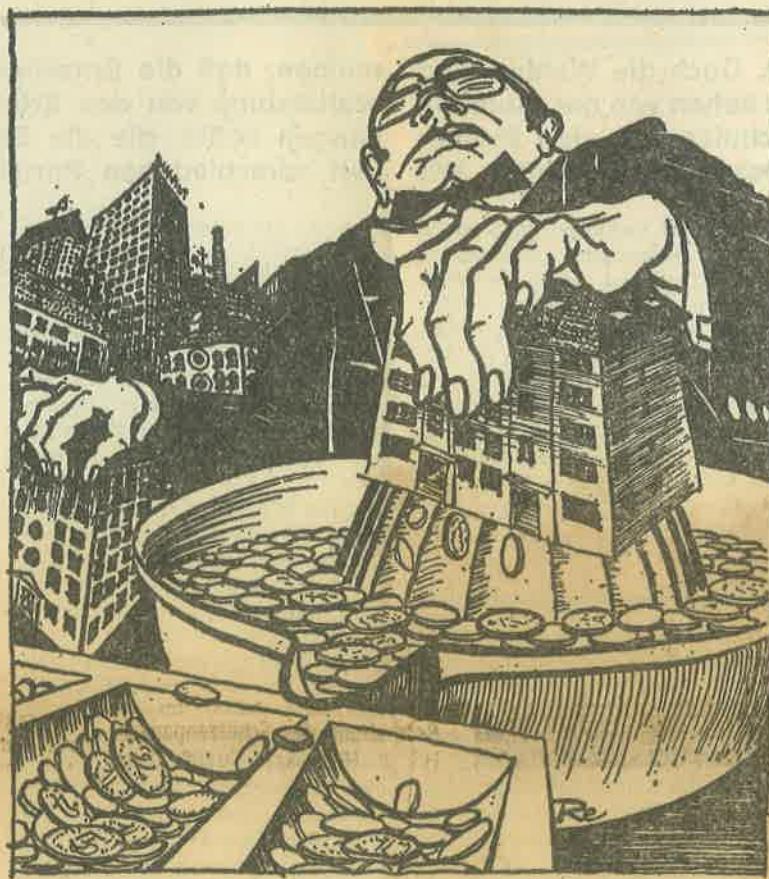
Die „Eindämmung privater Konsumnachfrage“ – so der Saarländische Wirtschaftsminister Schäfer – ein geringerer Anteil des staatlichen und privaten Konsums am Sozialprodukt – so K. H. Narjes – also Konsumverzicht, Lohnkürzungen zugunsten höherer Gewinne, zugunsten neuer „Investitionsanreize“: – das ist das Stabilitätskonzept der CDU/CSU.

Nutzt die CDU/CSU die Inflationsangst, um den Massen die Notwendigkeit eines „starken Mannes“ plausibel zu machen, so reagiert die SPD nur hilflos mit dem Hinweis, daß die Inflation ein internationales Phänomen sei. Damit hat sie jedoch noch nichts über die wahren Ursachen gesagt, geschweige denn, wie sie zu bekämpfen sei. Tatsächlich ist die ständig schnellere Geldentwertung eine für die hochmonopolisierte kapitalistische Wirtschaft typische Krisenerscheinung. Die Monopole sind aufgrund ihrer ökonomischen und außerökonomischen Macht in der Lage, Monopolpreise zu realisieren und so den Preismaßstab für alle Waren ständig nach oben zu verzerren. Sowohl durch Preiserhöhungen als auch durch Produktivitätsfortschritte verzerren sie das Preisgefüge ständig zu ihren Gunsten und sind so in der Lage, sich ständig mehr von der gesamten Summe der in einer Volkswirtschaft produzierten Werte anzueignen, als in den von ihnen produzierten Waren enthalten ist.

Die Inflation wird so zu einem Mittel der ständigen Umverteilung aus den Taschen des ganzen werktätigen Volkes in die der Monopole und schließlich zu einem Mittel der monopolistischen Konkurrenz.

Nicht die Arbeiter und nicht der Friseur machen Inflation

So mag es zwar so erscheinen, als ob gerade die nichtmonopolistischen Bereiche die Preise besonders heraufsetzen würden, so z. B. der Dienstleistungssektor, daß die Monopole also unschuldig und stattdessen der Friseur und der Bauer



„Wes Eigentum die Schale, dem Saft und Fleisch zum Mahle!“ (Mittelalterliche Unternehmerlogik)

Schulter- klopfen für Karl Marx

Man muß im Auge haben, wie Marx und Engels zu ihrer Zeit von den Kapitalisten und ihren Federkielen begeifert und verleumdet wurden, um einschätzen zu können, was für eine Wandlung sich inzwischen vollzogen hat: heute kann man in einer Publikation des Unternehmerverbandes, einer Veröffentlichung des Deutschen Industrie-Instituts über den „Büchermarkt der Linken“ lesen: „Die Gefahr geht nicht von den großen Philosophen in der Nachfolge von Hegel und Marx aus. Ohne sie wäre unsere Gesellschaft unvergleichlich ärmer.“ Hört! Hört! Als Marx und Engels noch an der Spitze der internationalen Arbeiterbewegung standen, hörte man von der Ausbeuterclique natürlich nicht, daß ohne jene „großen Philosophen“ „unsere Gesellschaft“ „unvergleichlich ärmer“ wäre. In widerlicher Heuchelei sprechen aber die Unternehmerklüse hundert Jahre später so. Was besagt das? Daß der Marxismus zu einer Kraft geworden ist, die man nicht ignorieren kann, ohne sich der Lächerlichkeit preiszugeben, ohne sich gegen die geschichtliche Wahrheit zu stellen. Es besagt auch, daß bestimmte Vertreter der Reaktion mehr und mehr darauf verzichten frontal gegen den Marxismus vorzugehen, daß sie von „innen“, von angeblich marxistischen Standpunkten aus versuchen die Positionen der Kommunisten und Sozialisten zu schwächen, zu untergraben. So heißt es in der gleichen Broschüre: „Die kleinen Geister der Linken spotten ihrer Vätern und beschränken sich auf vordergründige Kritik an vordergründigen Mißständen in dieser Welt. Sie glauben, was ihren Vätern mehr oder weniger immer nur ein ‚Prinzip Hoffnung‘ war.“

Also sagt das Großkapital: Marxismus halten auch wir

Nichteinstellung. So wurde der Sozialdemokrat Werner Moritz wegen seiner progressiven Auffassungen an eine andere Schule versetzt, wurde der parteilose Lehrer Bernhard Gehring strafversetzt, wurde SPD-Mitglied Lemke, Sprecher eines Referendarausschusses, nicht ins Beamtenverhältnis übernommen. Auf der gleichen Linie liegt der Fall des parteilosen Henning Sell, des Sozialdemokraten Manfred Grabe.

Widerstand wächst

Dennoch haben sich die Antidemokraten quer durch die Bonner Par-



K. H. Henne, einer der vom Berufsverbot für Demokraten und Sozialisten im öffentlichen Dienst Betroffenen.

teien verrechnet, wenn sie glaubten demokratische und sozialdemokratische Lehrer und Lehramtskandidaten einen nach dem anderen „abschießen“ zu können. Der Widerstand, der sich gegen diesen Versuch auf breitesten Front bemerkbar machte und der sich weiter verstärkt, hat in seinem Ausmaß und seiner Entschlossenheit die reaktionsären Kräfte überrascht. Wir leben nicht mehr zu Adenauers Zeiten, wo man radikale Demokraten und Sozialisten im Windschatten des Kalten Krieges, zu Menschen zweiter Klasse stempeln konnte. Das poli-

entlassen worden war, ist von der Hamburger Schulbehörde wieder eingestellt worden. Des weiteren muß nach einem Beschuß des schleswig-holsteinischen Verwaltungsgerichtes die der DKP angehörige Lehrerin Ursula Christen, Kiel, zu einem weiterführenden Studium an der Pädagogischen Hochschule zugelassen werden. Dies war ihr erst verweigert worden.

Außer den vereinigten äußersten Reaktionen um CDU und CSU und ihren Aftersorganisationen Junge Union und RCDS (Ring Christlich Demokratischer Studenten) haben sich bei den anderen Bonner Parteien Personen gegen das Berufsverbot ausgesprochen, die der Kommunistenfreundlichkeit gewiß unverdächtig sind: so Herbert Wehner (vgl. Interview mit der Augsburger Allgemeinen v. 21. 1. 72), so der SPD-Bundestagsabgeordnete Karl-Heinz Walkhoff (Presse-Erklärung v. 4. 2. 72), so die SPD-Landtagsabgeordneten Joachim Schmolke und Gerhard Weber.

Breite Solidarität

In vorderster Front im Kampf gegen die undemokratischen, grundgesetzwidrigen Berufsverbote stehen die DKP, der MSB Spartakus, die SDAJ, stehen der Verband Deutscher Studentenschaften und der SHB. Jungsozialisten und Jungdemokraten verurteilen scharf die Berufsverbote. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft tritt aktiv für die Betroffenen ein. In die Solidaritätsfront haben sich eingereiht: die Bundesassistentenkonferenz (BAK), das PEN-Zentrum der Bundesrepublik, die „deutsche Journalisten Union“, die Deutsche Friedens-Union, verschiedene Landesverbände der Naturfreundejugend, Kreisverbände und Unterbezirke der SPD, Landesbezirke des DGB, Liberaler Hochschulgremium, Humanistische Union, Falken, Katholische Studenten Einigung, Evangelische Studentengemeinde, der Bundesverband Junger Juristen, der Bund Demokratischer Wissenschaftler, namhafte Professoren (z. B. Abendroth, Stuby, Staff, Ridder, Friedrich Müller u. a.), — überall entstehen örtliche Komitees gegen Ministerpräsidentenbeschuß, so

sichtlich die SPD/FDP-Bundesregierung völlig versagt hat. Woran liegt das, was hat sie versäumt, was will die CDU besser machen?

Narjes: Schuld sind die Linken

Wer die Inflation bekämpfen will, muß zunächst ihren Wirkungsmechanismus erkennen, die Ursachen und Schuldigen aufzeigen. CDU-Wirtschaftsminister-Anwärter Narjes ist mit der Antwort schnell bei der Hand: „Kuriös ist es auch, wenn gerade die radikale Linke den Vorwurf erhebt, das marktwirtschaftliche System sei nicht in der Lage, konjunkturelle und Währungskrisen auszuschalten, zu deren Entstehen sie selbst so kräftig beitragen, wo immer es ihnen möglich ist: durch das Schüren unerfüllbarer Ansprüche, durch Systemhetze und Profitverteufelung.“ (K. H. Narjes: Es wird keine Zaungäste geben. In: Vortragsreihe des Deutschen Industrieinstituts, Jg. 22. Nr. 13 (28. 3. 72), S. 3)

Und so mutmaßt auch Barzel auf dem CDU-Parteitag: Möglicherweise schüre die SPD ganz bewußt die Inflation, da das der direkte Weg in den Sozialismus sei. Sehen wir einmal davon ab, daß Barzel die ohnehin schon unübersichtliche Strategie-

in Oldenburg, Mainz, Essen und in anderen Städten.

Auch im Ausland wird das Berufsverbot nachdrücklich verurteilt: von der Kommunistischen Partei Belgiens, von der KP Österreichs, von französischen, israelischen, schwedischen, dänischen und luxemburgischen Kommunisten, alle heben hervor, daß es notwendig sei, „eine breite Solidaritätsbewegung zugunsten der in der Bundesrepublik verfolgten fortschrittlichen Kräfte zu entfalten.“ („Zeitung vom Letzteren Vollek“) Und Otto Elzer, der Betriebsrat auf der französischen Schachtanlage St. Fontaine schrieb: „In Frankreich gibt es viele Kommunisten im öffentlichen Dienst — zum Beispiel Bürgermeister, Kommunalpolitiker, Lehrer und Professoren. Dort wäre ein Kesseltreiben gegen Kommunisten im

öffentlichen Dienst unmöglich. Demokratische Kräfte wüßten dies zu verhindern.“

In einem grundsätzlichen Artikel in der UZ v. 13. 10. 72 gehen die sowjetischen Autoren W. Sagladin und W. Jeshow auf die Berufsverbote ein. Sie charakterisieren sie als „Wiederaufleben des Adenauerschen Gespenstes von der kommunistischen Gefahr“, mit dessen Hilfe die Reaktion die Öffentlichkeit des Landes einzuschüchtern sucht.“

Die Vertreter der politischen Parteien müssen Farbe bekennen: wer von Ihnen das Berufsverbot für Demokraten und Sozialisten im öffentlichen Dienst gutheißt, für den Verfassungsbruch eintritt, wer für Beschlüsse eintritt, die Vorbilder nur haben in Griechenland, Spanien und Portugal, ist nicht wählbar.

Neuausgabe und Erweiterung des Marchens von der Lohn-Preisspirale als Inflationsursache.

Wenn Strauß der Bundesregierung zum Vorwurf macht, sie hätte durch ihre Versprechungen — insbesondere eine „Vollbeschäftigungsgarantie“ — die Ansprüche der Massen geschürt, wenn Wirtschaftsminister-Aspirant Narjes es für die Aufgabe des Staates hält, in einer „weniger rituellen Konzertierten Aktion“ deutlich die Grenzen aufzuzeigen, in denen sich die Gruppen ohne negative Folgen für das Ganze bewegen zu können“ (Wirtschaftswoche 27/71), dann meinen sie: ein starker Mann muß wieder her. Man sollte sich jetzt daran erinnern,

- ① daß derselbe Franz-Josef Strauß der jetzt die hohe Verschuldung des Staates beklagt, vor nicht einem halben Jahr auf dem CSU-Parteitag noch davon sprach, daß der Haushalt im „Verteidigungsbereich... zu knapp geschneidert“ sei,
- ② daß dieselbe CDU/CSU, die die Steuerreformpläne der SPD als konfiskatorisch bekämpft, für eine Erhöhung der indirekten Steuern eintritt, die die abhängig Arbeitenden besonders stark trifft,
- ③ daß derselbe CDU-Haushaltsexperte Leicht, der heute über die

die Übeltäter sind. Tatsächlich aber fallen die Produktionskosten einzelner Güter im monopolistischen Bereich aufgrund von Produktivitätsfortschritten, die der nichtmonopolistische Sektor — teils mangels Kapitalmasse, teils aufgrund der technischen Struktur (etwa des Dienstleistungssektors) — nicht realisieren kann. Der Wert der Waren aus dem Monopolbereich sinkt also, der gesunkene Wert — gesunken im Verhältnis zu den Waren aus dem nichtmonopolistischen Bereich — wird aber nicht auf den Preis weitergegeben. Die Folge: Die nichtmonopolistischen Unternehmer müssen ihre Preise erhöhen, um die alte Wert- und Kostenrelation wiederherzustellen (was ihnen aber gar nicht gelingt).

Für Stabilität — gegen die Macht der Monopole

Es führt also kein Weg zur Inflationsbekämpfung um die Monopole und die Großbanken herum. Wer es nicht wagt, wie die SPD, wahre Ursachen und Schuldige der Inflation aufzuzeigen, der muß sich das demagogische Gewäsch der CDU/CSU gefallen lassen, der gibt ihr die Möglichkeit, aus der Inflationsangst Kapital zu schlagen und nach dem starken Mann zu rufen.

Wer Strauß, Barzel und Narjes das

für gut, solange er nur Hoffnung bleibt, literarische Spielerei, unbefleckt vom Kampf um seine Realisierung, gewissermaßen „hintergrundige Kritik an hintergrundigen Mißständen“.

Wobei sich diese Herren natürlich auch da verrechnet haben: denn die Lehre von Marx, Engels und Lenin setzt sich durch, nicht nur weil sie Wissenschaft ist, sondern auch, weil sie Kampfinstrument ist in den Händen der Arbeiterklasse.

Handwerk legen will, wer sie das Geschäft mit der Angst nicht machen lassen will, muß bereit sein, die unumschränkte Macht der Monopole einzudämmen, muß um die wirtschaftliche Kontrolle durch die arbeitende Bevölkerung kämpfen. Diese Ziele sind der gegenwärtigen Politik der SPD fremd. Deshalb ist bei dieser Bundestagswahl nur eine Stimme für die konsequente Vertreterin des Kampfes gegen die politische Reaktion und die wirtschaftliche Macht der Monopole, ist nur eine Stimme für die Deutsche Kommunistische Partei eine Stimme gegen die CDU.

Ausfälle gegen KP Papans in Peking

Nach seiner Rückkehr aus Peking berichtete der japanische Ministerpräsident Tanaka japanischen Parlamentsabgeordneten in Tokio, er habe bei seinen Verhandlungen mit Tschou En-lai die chinesische Regierung gebeten, keine Beziehungen zur KP Japans zu unterhalten. Tschou En-lai — so die japanische Nachrichtenagentur „Jiji Tsushin“ — antwortete darauf: „Die KPJ taugt sowieso nichts, und wir werden zu ihr auch keine Beziehungen unterhalten.“

Die KP Japans ist mit 300 000 Mitgliedern die drittstärkste kommunistische Partei in kapitalistischen Ländern. Bei den Oberhauswahlen 1971

erhielten ihre Kandidaten fünf Millionen Stimmen. Die kommunistische Parlamentsfraktion besteht aus 24 Abgeordneten.

Antifaschist bestraft

Mit einem „strengen Verweis“ bestraft wurde der Bundeswehrgefretete Peter Schmidt aus Bielefeld, weil er am 2. September in Stukenbrock an der Mahn- und Gedenkfeier gegen Faschismus und Krieg teilgenommen hatte. Schmidt schreibt in seiner Beschwerde über seinen Kompaniechef, Hauptmann Menzel, daß er als Soldat der Bundeswehr gelobt habe, das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes zu verteidigen. Dazu gehöre selbstverständlich auch der Kampf gegen Faschismus.